

Rathaus / Barfüssergasse 24  
4509 Solothurn  
Telefon 032 627 20 79  
pd@sk.so.ch  
parlament.so.ch

V02  
5.11.24  
M. Balm

**Dringlicher Auftrag FDP.Die Liberalen: Rettung Stahlwerk Gerlafingen**

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich beim Bundesrat mit Nachdruck für den Erhalt des Stahlwerks Gerlafingen einzusetzen. Dabei soll er aufzeigen, welche Massnahmen mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen vereinbar sind und zu einer mittel- und langfristigen Sicherung des umweltverträglichen Stahlrecyclings in Gerlafingen beitragen.

*Begründung:* schriftlich

Bereits im Frühling 2024 hat das Stahlwerk in Gerlafingen 95 Stellen abgebaut. Anfangs Oktober informierte das Werk, dass weitere 120 Mitarbeitende entlassen werden müssen. Damit baut das Stahlwerk innerhalb eines Jahres einen Drittel aller Stellen ab. Hintergrund der Massenentlassungen sind insbesondere hohe Netzabgaben sowie vom Ausland subventionierter Billigstahl.

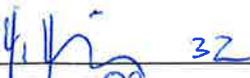
Demonstrationen, Petitionen und Solidaritätskundgebungen sind Ausdruck der grossen Betroffenheit bei der Arbeiterschaft, der Politik und der Bevölkerung. Zur Rettung des Stahlwerks tragen sie jedoch nicht viel bei. Was es jetzt braucht, um den Bundesrat zu überzeugen, sind konkrete, mit marktwirtschaftlichen Grundsätzen vereinbare Massnahmen, welche dem Stahlwerk Gerlafingen ein mittel- bis langfristiges Überleben sichern können.

Die Schweizer Industrie braucht keine Subventionen, sondern faire Rahmenbedingungen und einen freien Markt-zugang. Marktwirtschaftliche Massnahmen sollen nicht marktverzerrend und nur minimalinvasiv sein. Die fiskalische Belastung des Staates soll möglichst geringgehalten werden.

Konkret bieten sich folgende kurzfristige Massnahmen an (nicht abschliessend): Verlängerung Kurzarbeitsentschädigung über 18 Monate hinaus, Prüfen von Liquiditätshilfen, temporäre Senkung von Abgaben und Gebühren der öffentlichen Hand, Freiwilliger Verzicht auf Winterreserve (Netzzuschlag), Vorübergehende Senkung der Stromnetz-kosten.

Mittel- und Langfristig können folgende Massnahmen geprüft werden (nicht abschliessend): Einführung vorgezo-gene Recyclinggebühr für in der Schweiz verkauften Stahl, Vorgabe der öffentlichen Hand zum Einbau von Recyc-ling-Stahl (Kreislaufwirtschaft), Ausbau der inländischen Stromproduktion, vollständige Liberalisierung des Strom-marktes, Abschluss eines Stromabkommens mit der EU

Unterschriften:

- 1. 
- 2.  32
- 3.  35

 86

 34

Ch. Herzog 65

 66

 10

 87

 89

 33

 63

 104

 91

 92  
08

 88  
90  
69